

WISA vorwärts für Sachsen-Anhalt

Argumentationen zum Mitgliederentscheid

PRO

Eine Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten ist Ausdruck einer selbstbewussten Polizei, die rechtsstaatlich handelt, nichts zu verbergen hat und sich öffentlichen Diskussionen couragiert stellt. Der vorliegende Vorschlag zur Kennzeichnungspflicht stellt daher KEIN generelles Misstrauensvotum gegen Polizistinnen und Polizisten dar, sondern soll die sehr kleine Minderheit der Regelverletzer identifizierbar machen. Wir glauben, dass der übergroße Teil der Beamtinnen und Beamten vorzügliche Arbeit leistet. Mit Recht gehören sie zu den in der Bevölkerung anerkanntesten Berufsgruppen.

Eine Regelung „nur“ für Sachsen-Anhalt kann selbstverständlich keine abschließende Lösung sein. Momentan gibt es vergleichbare Kennzeichnungspflichten in

Berlin und Brandenburg. Durch die Signalwirkung wird es in absehbarer Zeit aber in anderen Bundesländern zu Diskussionen wie in Sachsen-Anhalt kommen. Somit kann in der Zukunft eine bundesweite Regelung der Polizeikennzeichnung erzielt werden, wie sie in vielen europäischen Ländern (wie Frankreich und England) bereits existiert und von Amnesty International seit Jahren gefordert wird.

Die Fragestellung des Mitgliederentscheides behandelt ausschließlich die so genannten geschlossenen Einsätze. Diese kennt man meistens von Demonstrationen oder Fußballspielen, bei denen die eingesetzte Polizei in Hundertschaften zusammengefasst ist und mit Helmen, Visieren und uniformen Einsatzanzügen ausgestattet ist. Daher sind hier Polizeibeamte nicht individuell identifizierbar. Der Vorschlag des Mitgliederentscheides sieht KEINE Namenskennzeichnung vor, um die Persönlichkeitsrechte der Beamtinnen und Beamten zu schützen und ihre informationelle Selbstbestimmung zu gewährleisten. Stattdessen werden rotierende Ziffern vorgeschlagen. Was bedeutet das? Die Ziffern (beispielsweise von 1 bis 100) werden vor dem Einsatz innerhalb der Hundertschaft an die Beamtinnen und Beamten ausgegeben und wechseln bei jedem Einsatz zufällig. Nur der Einsatzleiter und höhere Vorgesetzte können polizeiintern nachvollziehen, welcher Beamte bei welchem Einsatz welche Nummer innehatte. Dadurch wird die – von der GdP – befürchtete Verfolgung der Beamtinnen und Beamten im Privatleben ausgeschlossen und trotzdem sind sie bei eventuellen Beschwerden individuell identifizierbar. Dieser Kompromiss wurde auch von der Großen Koalition in Berlin befürwortet. Internationale Beispiele zeigen zudem, dass die Befürchtung von Nachstellungen nach Dienstschluss unbegründet ist. (...)

Fortsetzung auf S.4

Jeder Polizeibeamte hat sich auf Verlangen der Person, die von einer Maßnahme betroffen ist, auszuweisen, soweit der Zweck der Maßnahme dadurch nicht beeinträchtigt ist. Im Normalfall stellt sich der Beamte vor, wenn er eine Person anspricht. Zusätzlich ist das Tragen von Namensschildern im täglichen Dienst in der Polizei ausdrücklich erwünscht. Viele Kolleginnen und Kollegen machen davon Gebrauch.

Darüber hinaus ist es eine nicht akzeptable Zumutung für die Einsatzkräfte, wenn sie über ihren Dienst hinaus, permanent mit

ihrer beruflichen Tätigkeit konfrontiert werden und in ihrer Freizeit Beschimpfungen, Sachbeschädigungen und Nachstellungen erleiden könnten. Es darf nicht übersehen werden, dass schon jetzt die Einsätze insbesondere von sog. geschlossenen Einheiten nahezu flächendeckend video- und fotografisch fest-

gehalten und verbreitet werden. Gleichzeitig tragen die eingesetzten Beamten eine taktische Kennzeichnung, wo nach diese bis zu ihrer Gruppe zu geordnet werden können.

Es ist eine Tatsache, dass schon heute einzelne Beamte persönlich ausgeforscht, ihr Name und ihre Privatanschrift ermittelt und in der der politisch extremen Szene veröffentlicht werden und polizeiliche Strukturen sehr weitgehend erfasst und ebenfalls veröffentlicht werden.

Unbeachtet bleibt bei den Forderungen nach einer Kennzeichnungspflicht auch die negative Auswirkung der Maßnahme auf die Motivation der eingesetzten Beamten, insbesondere von geschlossenen Einheiten.

Durch die flächendeckende videographische Beobachtung und digitale Speicherung von Einsatzgeschehen wird von vielen einsatzerfahrenen Kolleginnen und Kollegen konkret befürchtet, massiv durch Beschwerden und Strafanzeigen insbesondere aus den politisch extremen Szenen unter Druck gesetzt zu werden.

Eine zusätzliche Kennzeichnung ist für die Aufklärung von polizeilichen Übergriffen nicht notwendig. Unserer Erfahrung nach und der Auswertung aller Anzeigen oder Beschwerden folgend, werden alle Beamten, gegen die Vorwürfe unrechtmäßigen Handelns erhoben werden auch ermittelt.

Die GdP ist deshalb dagegen, „dass Vollzugspolizisten und -polizistinnen des Landes Sachsen-Anhalt zukünftig in geschlossenen Einsätzen eine sogenannte rotierende Ziffer gut sichtbar an ihrer Uniform oder ihrem Einsatzanzug tragen?“

Zusammenfassend ist die GdP aus folgenden Gründen gegen eine Kennzeichnung von Polizeibeamten in geschlossenen Einsätzen:

Verstoß gegen die informelle Selbstbestimmung und die möglichen Folgen im privaten Bereich; zusätzliche Kennzeichnung unnötig, da Beamte, durch die taktische Kennzeichnung und nahezu vollständige visuelle Erfassung des Einsatzgeschehens in jedem Fall erkannt werden können.

Landesbezirksvorstand der
Gewerkschaft der Polizei

Contra



Liebe Genossinnen und Genossen,

irgendwie fühlt es sich richtig an. Fast zwei Jahre nach seinem ersten Anlauf ist Joachim Gauck zum Bundespräsidenten gewählt worden. Der von den Medien zum Kandidaten der Bürgerinnen und Bürger gekürte ostdeutsche Pfarrer und ehemalige Hüter der Stasiunterlagen hat das höchste deutsche Staatsamt erklommen. Die Präsidentschaft von Christian Wulff erscheint im Rückblick als Fehler im deutschen Staatsgebilde, den die 15. Bundesversammlung am 18. März schnell und unkompliziert korrigiert hat. Die Deutschen haben endlich „ihren“ Präsidenten. Das ist gut so.

Joachim Gauck ist mit vielen Vorschusslorbeeren in sein Amt gestartet. Das mag nicht nur am Verhalten seines Amtsvorgängers liegen, sondern auch der Sehnsucht der Bevölkerung nach einem Bundespräsidenten geschuldet sein, der das Amt ausfüllt und nicht nur verwaltet. Joachim Gauck wird sich an Richard von Weizsäcker, Roman Herzog oder Johannes Rau messen lassen.

Die Antrittsrede des neuen Schlossherrn von Bellevue war jedenfalls gelungen. Er hat dafür geworben, die junge Generation für das Land zu begeistern, das ihnen später übergeben wird. Das ist ein kluger Ansatz und, weil er ausdrücklich auch die Menschen angesprochen hat, die erst seit kurzem hier leben, ein integrativer dazu. Die Bekämpfung gesellschaftlicher Spaltung ist eine gute Agenda für einen Bundespräsidenten. Vielleicht nennt man Gauck nicht umsonst den „Brückenbauer“.

Eure

Katrin Budde

Fortsetzung von Seite 1

(...) Die Kennzeichnung durch Ziffern soll helfen, vereinzelt auftretendes Fehlverhalten aus der Anonymität zu holen und gleichzeitig einem Generalverdacht gegen die große Mehrheit der unter schwierigen Bedingungen vorbildlich arbeitenden Beamtinnen und Beamten entgegenzuwirken. Durch eine effektivere Verfolgung dieser Einzelverfehlungen wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erhöht. Die Polizistinnen und Polizisten in geschlossenen Einsätzen werden nicht mehr als anonyme Masse durch die – aufgrund des Vermummungsverbotes ebenfalls erkennbaren – Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer wahrgenommen, sondern als Individuen. In dieser Erkenntnis steckt hohes Deeskalationspotential auf beiden Seiten. Fehlverhalten würde zukünftig nicht mehr undifferenziert der Polizei schlechthin vorgeworfen, sondern deutlich ermittelbaren Einzelnen. Außerdem werden die persönliche Verantwortlichkeit und die Sensibilisierung im Hinblick auf Dienstvergehen innerhalb des Polizeikollegiums gestärkt. Die Polizei als anerkannte, transparent arbeitende Institution im Rechtsstaat hat ein vitales Interesse daran, Fehlverhalten in den eigenen Reihen wirkungsvoll sanktionieren zu können.

Wir wünschen uns ein respektvolles, auf Rechtsstaatlichkeit beruhendes Miteinander von Polizei und Bevölkerung und sind der Überzeugung, dass eine verbindliche Kennzeichnung dazu die Voraussetzung ist und zu mehr Transparenz und Bürgernähe führen wird. Auf unserer Internetseite www.jusoslsa.de bieten wir euch weitere Argumente für die Einführung einer Kennzeichnungspflicht und möchten euch dort auch die Gelegenheit geben, mit uns in eine rege Diskussion über das Thema zu treten.

Unsere wichtigste Bitte zum Mitgliederentscheid allerdings ist: bringt euch ein, diskutiert mit - und nutzt vor allen Dingen euer Stimmrecht. Nur durch ein aussagekräftiges Ergebnis kann der Entscheid ein Erfolg für die SPD werden!

JUSO-Landesvorstand

Integration durch Sport



Der BBC Magdeburg hatte sich mit seinem Trainingsprojekt für gehandicapte Schülerinnen und Schülern an der „Schule Am Wasserfall“ beim Wettbewerbs „Sport in Deutschland – Aktiv für Integration und Demokratie“ der SPD-Bundestagsfraktion beworben. Frank-Walter Steinmeier dankte ihnen „persönlich für Ihr Engagement. Unser Land braucht Initiativen und Projekte wie Ihres.“

Frauen machen Zukunft

Die AsF-Frauentagsveranstaltung zum „Demografischen Wandel als Chance“



Der demografische Wandel ist allgegenwärtig. „Bis zum Jahr 2025 droht Sachsen-Anhalt ein Bevölkerungsverlust von ca. 440.000 Personen, der Bevölkerungsrückgang bei den Männern wird ca. 17 Prozent, bei den Damen sogar 20 Prozent betragen“, schilderte Kerstin Mogdans, Mitglied im Demografiebeirat Sachsen-Anhalt, die Situation auf der Frauentagsveranstaltung der AsF im Reuter-Haus. Zurückzuführen ist dies zunächst auf den Geburtenrückgang. Ihre provokante These, dass in manchen ostdeutschen Dörfern vor allem Alte und perspektivlose Männer lebten, konkretisierte Dr. Scurell von der Stiftung Bauhaus Dessau: „Nicht Frauen kriegen zu wenig Kinder, sondern zu wenig Frauen kriegen Kinder.“ Zusätzlich wird die Lage durch die Abwanderung qualifizierter junger Frauen und Männer verschärft.

Den Bevölkerungsschwund führt Scurell auf

fehlende Haltefaktoren zurück. „Die Leute wandern nicht ab, weil sie vor Ort nicht mehr leben wollen, sondern weil sie hier nicht mehr leben können.“ Um dem zu begegnen, müsse es künftig zu einer Re-Regionalisierung von Wirtschaft und einer Neuorganisation des Zusammenlebens kommen, Nachbarschaftshilfe und der Aufbau von Netzwerken seien unverzichtbar.

Die SPD-Landesvorsitzende Katrin Budde betonte, dass die Wirtschaft gegenüber der Politik deutlichen Nachholbedarf im Bewusstsein auf die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Situation von Frauen habe. „Daher ist es wichtig, dass Thema zu institutionalisieren und den Frauen die Möglichkeit zu geben, sich in diesen Gremien einzubringen.“ Als Beispiel nannte sie den neugegründeten Fachausschuss Demografie.

Die ASF-Landesvorsitzende Corinna Reinecke forderte eine bessere Nutzung der Potenziale von Frauen. „Die Frauen sind heute qualifizierter denn je, der Ausbau ihrer Berufsbiographien führe jedoch auch dazu, dass die jungen Frauen viel später mit der Familiengründung beginnen“, so Reinecke mahnte eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur für junge Familien an.

Sarah Schulze

Von Piraten und anderen Spießgesellen

Der 2. Politische Aschermittwoch in Köthen



Zum zweiten Mal in Folge fand der Politische Aschermittwoch der Landes-SPD in Köthen statt. Am 22. Februar diesen Jahres fanden viele Sozis und politisch Interessierte den Weg in das Veranstaltungszentrum im Schloss Köthen und füllten den am Ende voll besetzten Johann-Sebastian-Bach-Saal.

Angeregte Unterhaltungen und Wiedersehensfreude Weithergereister wurde musikalisch von der Musikschule „Johann Sebastian Bach“ Köthen untermalt. Mit Fettbommen und Gurken auf den Tischen und diversen Freigetränken sowie eine gratis Portion Sahnering mit Pellkartoffeln wurde gespannt auf die Gastredner gewartet. Pünktlich 20 Uhr betraten diese den Saal und ließen sich nicht lang bitten.

Den Anfang machte die Landesvorsitzende Katrin Budde. So prophezeite mit den Landtagswahlen die friedliche Revolution in Bayern und das Ende der „christsozialen Erbmonarchie“. Politsatirisch wurde es mit den KUKAKÖ-Ziethhebäpern. Das Gesangsduo um Landtagsabgeordneten und AGS-Vorsitzenden Ronald Mormann unterhielt mit Texten wie „X-Milliarden für Athen“ und „V-Mann vom Verfassungsschutz“ den kompletten Saal. Die KUKAKÖ-Cheerleader heizten die Stimmung noch einmal

zusätzlich von der Bühne aus an.

Als der Hauptredner, Dr. Ralf Stegner, Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, dann die Bühne betrat, war der gesamte Saal gespannt. Aber schnell hatte er das Publikum auf seiner Seite. Mit feurigem Wortwitz, polit-satirischen Spitzeln, Charme und sogar selbstgereimten Sprechgesang begeisterte er am Ende alle. Stehende Ovationen bewiesen das eindrucksvoll. Der Aschermittwoch im nächsten Jahr kann kommen. Gute Stimmung und ein volles Haus sind garantiert.

Steffi Fleischer

Terminankündigungen

10. April 2012 – Ab 18:30 Uhr findet in Magdeburg die Gründungsveranstaltung des Fachausschusses Demografie statt. Als Gast wird Dr. Wolfgang Weiß, Privatdozent an der Uni Greifswald, erwartet, der einen einflussreichen Überblick über die demografische Lage in Sachsen-Anhalt geben wird.

10. April 2012 – Ab 17:00 Uhr tagt der AK gegen Rechts im Ernst-Reuter-Haus. Als Gast wird Julian Barlen vom Stroch-Heinar-Team zu einem Erfahrungsaustausch erwartet.

18. April 2012 – Ab 19:00 Uhr findet im Elblandhaus Magdeburg das rechtspolitische Gespräch zum Thema „Sicherheitsverwaltung“ statt.

Der Rote Faden

von Oliver Draber

Was macht eigentlich die Energiewende? Die traurige Antwort muss lauten: Nichts. Ein Jahr nach der Fukushima-Katastrophe und der abrupten Wende der Kanzlerin in der Atompolitik, bestimmt Stillstand das Handeln der Bundesregierung. Die Sprachlosigkeit, die zwischen Rösler und Röttgen herrscht, versinnbildlicht die Unfähigkeit der Kanzlerin in dieser zentralen Zukunftsfrage zu handeln. Röttgens halbherzige Kandidatur in NRW wird diesen Zustand nicht verbessern.

Ohne einen sinnvollen „Masterplan für Energie“ in Deutschland können Wirtschaft, Kommunen und Länder kaum beginnen, die dringend nötigen Investitionen in Netze und Erneuerbare Energien zu tätigen. Pilotprojekte und Insellösungen sind zwar angelaufen, eine zielgerichtete Zusammenarbeit aber noch graue Theorie.

Doch es geht um mehr als das grüne Gewissen der Nachhaltigkeit. Es geht, wie wir gerade in Sachsen-Anhalt erleben müssen, um Arbeitsplätze. Die Kürzungen im Bereich der Solarförderungen und die damit einhergehende Planungsunsicherheit einer ganzen Branche, haben massive Auswirkungen auf unseren Wirtschaftsstandort. Betroffen ist nicht nur das produzierende Gewerbe, sondern eine Vielzahl von abhängigen Branchen im Handwerk und in der Landwirtschaft. Der industriepolitische Offenbarungseid von CDU und FDP ist gefährlich. Wir riskieren unseren Vorsprung in Schlüsseltechnologien zu verlieren. Auch deshalb muss die nächste Bundeskanzlerin oder der nächste Bundeskanzler Sozialdemokrat_in sein.

Oliver Draber
-Landesgeschäftsführer-

Impressum:

V.i.S.d.P.: Oliver Draber
Redaktion: Dr. Falko Grube
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an:
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de
Anschrift:
SPD-Landesgeschäftsstelle
-Redaktion WISA-
Bürgerstraße 1,
39104 Magdeburg